

Information der
Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim - SSM
Düsseldorfer Str. 74
51063 Köln

Köln, den 12.07.2011

Gerechtigkeit für Mülheim!

Heute steht - pünktlich vor den Sommerferien - wieder die alljährliche Rettungsaktion für MÜTZE und HOSE auf der Tagesordnung des Sozialausschusses des Rates der Stadt Köln. Großzügige Zuschüsse in Höhe von einigen Hunderttausend Euro haben es wieder nicht geschafft, dass die MÜTZE ihr sattsam bekanntes Gebrauchtmöbellager in der Markgrafenstraße endlich ohne Zuschüsse und Lohnsubventionen betreiben kann, obwohl alles geprüft, vereinbart, beschlossen und vertraglich abgesegnet war. Bei der HOSE in Holweide sieht es ähnlich aus. Jetzt soll die Stadt wieder „Arbeit“ fördern, wo tatsächlich nur Beschäftigung vorliegt, und Zuschüsse geben, wo sie es nicht darf, weil diese Tätigkeit weder zusätzlich noch gemeinnützig ist. Gewerbetreibende, die mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräften Gebrauchtmöbel verkaufen, protestieren zu recht.

MÜTZE und HOSE- ein Fass ohne Boden?

Was ist los, in Mülheim, fragt sich die Öffentlichkeit besorgt. Ständig neue Sozialprogramme, 40 Millionen für Mülheim 2020, und nichts klappt. Wieso hören wir diese Klagen nie aus der Innenstadt? Wie kommen eigentlich die anderen Bürgerzentren klar? Wieso betreiben sie keine Gebrauchtmöbellager, warum handeln sie im Stollwerck oder im BÜZE Ehrenfeld nicht mit Gebrauchtkleidern? Wieso klappt es da und nicht in Mülheim?

Mülheim, mit 150 000 Einwohnern größter Kölner Stadtbezirk, hat nur ein Bürgerzentrum, die MÜTZE in der Berliner Straße. Es erhält im Jahr Zuschüsse von ca. 124.000 €. Der Bezirk Innenstadt, mit ca. 130 000 Einwohner erheblich kleiner, hat dagegen drei: Stollwerck, Alte Feuerwache und Deutz. Sie erhalten jeweils zwischen 250 und 320 000 €, also das Doppelte bis Dreifache. Jedes. Keines dieser Bürgerzentren braucht daher seine Ausgaben mit dem Verkauf von Möbeln, Kleidern oder Hausrat zu erwirtschaften. Keines braucht sich dem Vorwurf von Gewerbetreibenden auszusetzen, mit I-Jobs unerlaubte Konkurrenz zu betreiben. Das Ziel wohlfeiler Proteste ist deshalb die Kölner ARGE, die nicht mehr bereit ist, mit I-Jobs Gewinne zu ermöglichen, mit denen originäre Aufgaben im Sozialen Bereich der Stadt Köln subventioniert werden, weil dies illegal ist.

Dennoch wird der Ausschuss die Zuschüsse für Bürgerzentren in Mülheim genauso wenig erhöhen, wie für die Gemeinwesenarbeit in Holweide oder sonst wo im Rechtsrheinischen, denn das würde bedeuten, dass im Bereich Innenstadt Mittel eingespart, vielleicht sogar Zentren geschlossen werden müssten. Und das will keine Partei im politisch heiß umworbene

Glitzerbereich Innenstadt ihren Wählern zumuten.

Deshalb wird heute wieder ein Beschluss gefasst werden, der ein letztes, ein allerletztes Mal Geld für den Gebrauchtmöbelhandel von MÜTZE und HOSE rausrückt. Einstimmig, mit Zustimmung aller Fraktionen und Verbände, bis zum nächsten Jahr.

Diese scheinbare Großzügigkeit soll verdecken, dass das Rechtsrheinische, welches in über hundert Jahren das bankrotte französische und später preußische Provinznest, zu welchem „das Hillige Kölle“ durch die Schuld seiner Stadtoberen herabgesunken war, durch Arbeit und Gewerbefleiß wieder hochgebracht hatte, in allen Bereichen vernachlässigt und von den wichtigen öffentlichen Investitionen in Bildung und Kultur ausgeschlossen wird. Der Versuch, die einzige von 17 Kölner Hochschulen, die im Rechtsrheinischen liegt, in die „notleidende“ Südstadt zu holen, spricht Bände und müsste jedem „Kölner“ Stadtverordneten und Politiker die Schamesröte ins Gesicht treiben.

EU-Programme für notleidende Stadtviertel wie Mülheim 2020, gerne als Beweis für die vorbildliche Sozialpolitik der Stadt Köln angeführt, bestätigen diesen Befund eher, als dass sie ihn angreifen. Denn diese Programme dienen vor allem dazu, städtische Mittel für benachteiligte Stadtviertel einzusparen, um noch ein weiteres Museum und noch einen weiteren Boulevard in die Innenstadt zu knallen, koste es, was es wolle. Allein mit den „Mehrkosten“ für die „Archäologische Zone“ und den „Rheinboulevard“ in Deutz ließe sich locker ein Programm wie Mülheim 2020 finanzieren. Kein Wunder bei einer solchen Geisteshaltung, dass die Umsetzung von Mülheim 2020 partout nicht vorankommen will. Es liegt eben nicht zwischen Dom und Rhein.

Wir fordern für Mülheim und alle notleidenden Stadtbezirke von Köln: Gerechter Anteil an den städtischen Zuschüssen und Investitionen statt Almosen! Volle Förderung für das Bürgerzentrum MÜTZE und die Gemeinwesenarbeit der HOSE.

v.i.S.d.P.: Rainer Kippe, Düsseldorfer Str. 74, 51063 Köln